



**Übergabe von 72.781 Unterschriften der Kampagne
„Erlassjahr 2025 - Turn Debt into Hope“ am 03.03.2026**

Die Kampagnenforderungen:

1. Schuldenkrisen jetzt beenden: Illegitime und untragbare Schulden streichen ohne wirtschaftspolitische Auflagen!

- ↳ Die Bundesregierung sollte sich in konkreten Umschuldungen dafür einsetzen, dass Schuldensstreichungen ausreichend umfangreich sind. Schuldendienst an internationale Gläubiger darf nicht zulasten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der Bevölkerung gehen.

2. Ursachen von Schuldenkrisen angehen und das globale Finanzsystem gerechter machen: Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellen!

- ↳ Die Bundesregierung sollte strukturelle Ursachen von Schuldenkrisen, die in der asymmetrischen internationalen Geld- und Finanzarchitektur liegen, konsequent angehen. Dazu sollte sie insbesondere:
 - Ländern des Globalen Südens einen faireren Zugang zu Finanzmitteln ermöglichen u.a. durch eine ambitionierte und inklusiv vereinbarte UN-Steuerabkommenkonvention sowie durch konzessionäre Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit in ausreichender Höhe.
 - der berechtigten Forderung von Ländern des Globalen Südens nach mehr Mitspracherecht in den internationalen Finanzinstitutionen und entscheidungsrelevanten Gremien nachkommen.

3. Nachhaltige und faire Lösungen schaffen: Eine rechtsverbindliche Schuldenrahmenkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen vereinbaren!

- ↳ Die Bundesregierung sollte die Forderung der Afrikanischen Union und der kleinen Inselstaaten nach einer UN-Schuldenrahmenkonvention proaktiv unterstützen. Im Rahmen der Konvention ist die Verständigung auf Kernprinzipien für ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren zentral. Gleichzeitig sollen in der Konvention verbindliche Prinzipien bezüglich des gesamten Schuldenzyklus, so etwa zur verantwortlichen Kreditvergabe und -aufnahme festgeschrieben werden.
- ↳ Als nationalen Vorgriff auf diese Konvention sollte die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein „Safe Harbour“-Gesetz verabschieden, um unkooperative Gläubiger daran zu hindern, ihre Forderungen durch gerichtliche Schritte durchzusetzen. Deutschland wird auch im Rahmen des Sevilla Compromisso aufgefordert, entsprechende legislative Maßnahmen zu ergreifen.